



Argumentarium gegen die Revision des CO²-Gesetzes

Wir sind gegen diese Gesetzesrevision, weil...

1. ...die an sich richtige und notwendige Senkung des CO²-Niveaus sozial unfair aufgegleist wird und die Hauptverursacher nicht klar benannt werden.
2. ...die internationalen Zusammenhänge, speziell die Aktivitäten des Finanzplatzes, völlig im Dunkeln bleiben. Der Kauf von sogenannten «Emissionsrechten» und damit die Verlagerung des Problems ins Ausland ist keine Lösung.
3. ...die Hauptverursacher nicht die arbeitenden Menschen und ihre Familien sind, die ein privates Transportmittel benutzen. Für viele Arbeitende und ihre Familien gibt es zur Zeit noch keine echte Alternative.
4. ...die Hauptverursacher der CO²-Belastung sind:
 - umweltverschmutzende Unternehmen
 - die Rüstungsfirmen der RUAG
 - die Schweizer Armee mit ihren Tausenden Dieselmotoren
 - die Schweizer Luftwaffe mit ihren weit überdimensionierten Kerosinschleudern
 - die übertriebene Bautätigkeit und die aufgeblähte Bauinfrastruktur mit ihren Tausenden Dieselaggregaten
 - die Schweizer Hochseeflotte mit ihrer Schwerölverbrennung (ebensoviel CO² und andere Klimaschadstoffe wie der gesamte Strassenverkehr in der Schweiz)
5. ...der Schweizer Finanzplatz durch seine «Rendite-Investitionen» in fossile Brennstoffe und damit verbundene Unternehmen 22-mal mehr CO²-Belastung verursacht als der gesamte Ausstoss in der Schweiz.
6. ...mit dieser Gesetzesrevision die arbeitenden Menschen und ihre Familien in sozial unfairer Weise relativ am stärksten belastet werden: Der zu erwartende Anstieg der Energiepreise – so z.B. des Benzinpreises – macht keinen Unterschied zwischen einem Millionär und einem Arbeitslosen. Er ist eine unterschiedslose Konsumsteuer wie auch die Mehrwertsteuer und damit unsozial.
7. ...auch ein indirekter Effekt zu erwarten ist, der zu einer allgemeinen Erhöhung der Lebenshaltungskosten führen wird: Der Anstieg der Transportkosten wird auf die Verbraucherpreise überwältigt, der Anstieg der Heizkosten (z. B. Heizölsteuer) auf die Mieten. Auch hier gilt: Für die Vermögenden kein Problem!
8. ...es illusorisch ist, an eine Änderung der Art und Weise zu glauben, in der die Menschen ihre Mobilitätsbedürfnisse befriedigen, so lange nicht wirklich attraktive Alternativen geschaffen werden. Erst durch einen weiteren starken Ausbau des öffentlichen Verkehrs in Verbindung mit einer massiven Senkung der Kosten für Billette und Abonnemente wird sich daran etwas ändern.
9. ...mit den Mitteln der «Marktliberalisierung» das Ziel einer radikalen Senkung der CO²-Emissionen nicht erreicht werden kann. Es braucht dazu staatliche Interventionen und staatliche Strukturpolitik. Und diese staatliche Politik darf die sozial gerechte Verteilung der Lasten und Kosten nicht aus den Augen verlieren.

